

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schö. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Litke

Druckpreis einschließlich Frangierlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Reichsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Nonpareilzeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen: Straßen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 41

Dresden, Montag den 18. Februar 1924

35. Jahrg.

## Eine unwürdige Komödie

Die Frankfurter Zeitung wendet sich kritisch dagegen, daß beabsichtigt wird, „den Ausnahmestand am 1. März aufzuheben, statt aus dieser Absicht gleich die Tat zu machen.“ Dazu schreibt das demokratische Blatt:

Die endliche Aufhebung des Ausnahmezustandes ist die Erfüllung einer Volksforderung, die bei einer Freigabe durch ein Volksgeschehen eine überwältigende Mehrheit gefunden hätte. ... Je länger je mehr wurde die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes untragbarer für die Bevölkerung, weil die politischen Freiheiten, die wichtigsten Grundrechte der Staatsbürger nicht auf Monate hinaus aufgehoben bleiben konnten, ohne daß schließlich die Staatsautorität selbst die schwerste Gefahr lief. Denn die Grundlage für alle Staatsautorität ist schließlich das Recht, und ein Zustand, bei dem an die Stelle der sicheren Rechtsbestimmungen eine unbestimmte Verordnungsbarkeit gesetzt wird, widerspricht dem Gefühl des Rechts und kann höchstens ganz vorübergehend ertragen werden, wenn täglich seine Notwendigkeit nachgewiesen wird und die jeweiligen Nachbesserungen sich bei der Anwendung ihrer Rechtsbefugnisse in den allerersten Schranken halten. Das ist hier keineswegs nicht geschehen, wie die Blätter der in den Zeitungen veröffentlichten Schwärze und Hebergriffe beweisen. Die Presse stellt ja schon für sich allein ein besonderes Leidenkapitel dar, und die vielen Verbote, Verwarnungen und Ermahnungen, denen die Zeitungen auch in den ruhigsten Landesteilen, sogar bei sachlicher Kritik, unterworfen worden sind, haben von einer Pressefreiheit nicht mehr viel übrig gelassen.

Wir haben in früheren Artikeln nachgewiesen, daß manche Eingriffe in Sachen die Probe auf die Rechtsgültigkeit der Anordnungen nicht bestehen können, wie feinerzeit die Wählung von Ministern und die Behinderung des Zusammentritts des Landtags, weil hier Gesetzesbestimmungen verletzt wurden, die durch Anwendung von Artikel 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Die noch viel zahlreicheren Eingriffe der Militärschäben in fast alle Verwaltungszweige in Thüringen haben ihnen von den Sympathien, die ihnen anfangs entgegengebracht wurden, den größten Teil wieder genommen. Wo irgend jemand sich bei dem Militärbefehlshaber über ein wirkliches oder vermeintliches Unrecht beklagte, das ihm durch Regierungsmaßnahmen widerfahren „ein sollte, wurde die Regierung zum Bericht aufgefordert, auch über Dinge, die mit den Befugnissen der Militärschäben nicht das mindeste zu tun haben und in Fragen der Personalpolitik (hier sogar mit Fragen nach der politischen Richtung von Beamten), des Schulwesens, der Justiz, sogar in Theaterfragen, über alles sollte die Regierung sich ausweisen. Was bei dem mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu tun, deren Wahrung alleinige Aufgabe der Militärschäben ist? Solche Maßnahmen bedeuten nicht allein eine Verletzung der Regierung, der damit ein Untergebener verhältnis zugemutet wird, sondern auch des Parlaments, das die alleinige Instanz ist, der gegenüber eine gesetzliche Verantwortungsfrage der Regierung besteht, und sie rufen zusammen mit sonstigen Dingen ein Gefühl der Rechtsunsicherheit hervor, das die Staatsautorität nicht stärkt, sondern im Gegenteil auszuordentlich schwächt. Somit ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes die Befestigung einer der härtesten Verfassungsproben gerade auch für die Staatsautorität. Die Wiederherstellung eines normalen Rechtszustandes durfte nicht länger verschoben und die Ausschaltung so vieler Grundrechte nicht vertagt werden.

Ein Gesichtspunkt dürfte bei dem Entschluß des Reichspräsidenten stark mitgewirkt haben: die Rücksicht auf die kommenden Wahlen. Es ist ein Unbegreifliches, allgemeine Wahlen unter politischen Beschränkungen vornehmen zu lassen, denn dann ist weder die Wahlbewegung frei, noch werden die Wahlen selbst als frei empfunden. In Thüringen haben diese Geminnisse bei den Wahlen zu manchen Mißbilligungen geführt; in Mecklenburg ist kurz vor den Wahlen ein republikanisches Blatt glattweg verboten und damit eine Parteigruppe in ihrer Wahlbewegung schwer geschädigt worden. Man dürfte diese Dinge nicht so weiter treiben lassen. Man muß nun aber auch für die Zukunft Vorkehrungen treffen, daß der Ausnahmezustand, wenn er je wieder angewandt wird, gesetzlich festumschriebene Grenzen erhält, die militärische Ausbreitung ausschließen und für genügende Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte die erforderlichen Garantien schaffen. Das wird eine der dringendsten Aufgaben des Reichstags sein, an deren Erfüllung er ohne Weiteres herangehen sollte. Er wird es ebenso als seine Aufgabe ansehen haben, daß der Ausnahmezustand in Bayern, wo die Rechtsbeschränkungen noch viel schlimmer sind, ebenso aufgehoben wird wie im übrigen Reich. Das ist keine bayerische Privatangelegenheit, sondern auch eine Reichssache, da nach Artikel 48 der Reichsverfassung solche Maßnahmen der Landesregierungen auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen sind. Der Reichstag hat also die Entscheidung in der Hand.

Mit diesen Ausführungen eines liberalen Blattes vergleiche man die Haltung der demokratischen Partei, die eine Verlängerung des unwürdigen Zustandes fordert! Vor allem in Sachen arbeiten die Reaktionen aller Schattierungen mit Hochdruck, um die Pläne des Herrn Müller möglichst auch für kommende Wahlen zu erhalten. Wir erwarten namentlich von den Sozialdemokraten in der schärfsten Regierung, daß sie sich energisch für die Befestigung eines Zustandes einsetzen, der, wie die Frankf. Ztg. ganz treffend sagt, die Staatsautorität nicht stärkt, sondern außerordentlich schwächt. Das Spiel, das mit dem Belagerungszustand am Anfang an getrieben wurde und auf Wunsch der Monarchisten und Halbrepublikaner weiter getrieben werden soll, ist eine unwürdige Komödie!

### Bestellte Arbeit!

Ueber Handgranatenschläge in Schwarzenberg und Lauter weiß Schmod in der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung allerhand aus Schwarzenberg zu berichten. Unser Chemnitzer Parteiblatt schreibt dazu:

„Es muß doch beinahe mit dem Teufel zugehen, daß die Attentäter überall in Sachsen, wo sie „Bomben“ oder „Handgranaten“ werfen, immer verfehlt haben, vorher eine schelmische Portion „Bismarck“ zu trinken. Entweder explodieren die „Handgranaten“ nicht oder — sie sind überhaupt nicht geladen. Und wenn es schon einmal kracht, dann mindestens sehr, sehr weit vom „Ziele“. Und sonderbar, daß immer Fabrikanten als „Opfer“ auszuweisen sein sollen, die zur Zeit kein reines Gewissen haben! Größere Stümper als die „Attentäter“ in dem angeblich so gefährlichen Sachsen kann es wahrhaftig in der ganzen weiten Welt nicht geben.“

Aber im Ernst: Glaubt man denn wirklich mit derartigen Klüffeln zur Verlängerung des Ausnahmezustandes beitragen oder gar die Reichswehr wieder herbeizuschaffen zu können? Dann möchte man schon etwas vorsichtiger zu Werke gehen und sich nicht schon über den Verlauf von „Attentaten“ erlustigen, noch bevor sie verübt werden! Wenn ja, der man sich fragen! Und wenn verlangt werden sollte, wir können auch noch heutzutage werden. Und wir werden noch heutzutage werden, wenn wir den Zeitpunkt hierzu für gekommen erachten. Vorläufig wiederholen wir, was wir in den letzten Tagen schon einige Male zum Ausdruck gebracht haben: die ganze Attentäterei in Sachsen ist nach allem, was bisher dabei in Erscheinung getreten ist, weiter nichts als bestellte, stunde Stümperarbeit!“

### Militärischer als das Militär

Wegen die Freunde des Ausnahmezustandes sieht das Leipziger Tageblatt recht energisch zu Felde. Das Blatt schreibt:

Es haben sich Leute gefunden, die militärischer als das Militär gefühlt sind. Sonst stört zu einem aus den Gewohnheiten des alten Regimes überkommenen Heißes vor der Uniform geneigt, finden sie plötzl. den Mut zum Widerspruch, zu Protestgesetzen gegen das Verhalten des obersten Militärbefehlshabers, durch das die Voraussetzung des Ausnahmezustandes als nicht mehr gegeben erklärt werden. Es ist selbstverständlich, daß General v. Seeckt seine Meinung nicht ohne die richtigen Gründe und auf Grund von Informationen ausgesprochen hat, die ihm so aus dem Kreise der ihm untergeordneten Beamtenkreise reichlich zur Verfügung stehen. Seine Leute aber wissen es besser. Zur Stütze ihrer gegenständlichen Meinung vermögen sie zwar, obwohl sie sich doch sicherlich die größte Mühe geben und nicht wählertisch waren, nur einige Vorurteile anzuführen, die weder der Sach noch der Art nach geeignet sind, eine so extreme und dem Geiste der republikanischen Verfassung widerlaufende Maßregel zu rechtfertigen, wie die Hebertragung der staatslichen Gewalt an die militärischen Befehlshaber es sind: Auch ohne plausible und öffentlich einsehbar Gründe anzuführen zu können, verlangen sie, daß der Ausnahmezustand aufrechterhalten, die Verfassungswelt in der deutschen Republik auch fernher von dem Militär ausgeübt werde — das durch den Mund seines obersten Vorgesetzten die Rückkehr zum Normalzustand für angeordnet erklärt.

Man kann für den Augenblick darauf verzichten, auf die besonderen Motive einzugehen, die gewisse Kreise im Lande Sachsen veranlaßt haben, für die Verfestigung des militärischen Ausnahmezustandes einzutreten, dessen Befestigung jedem Republikaner nach dem Gutachten des Generals v. Seeckt als bringlich erscheinen muß. Man kann auf solche Unterhändler bis auf weiteres um so eher verzichten, als man doch wohl darauf rechnen darf, daß die Reichsregierung, der der Dummheit aller deutschen Länder am Herzen liegen muß, den Vermählungen der ehemaligen Leute widerstehen wird, die sich so heutzutage zeigen. Ihre engere Heimat durch die Fortdauer eines für das übrige Reich aufzuhebenden Ausnahmezustandes vor dem In- und Ausland angebrannt zu sehen.

## Statte Diplomatenreden

Hoch bei Willerand. — Frankreich pocht auf die Verträge

Paris, 16. Februar. (Wirt. Drahtber.) Der französische Staatspräsident Willerand empfing am Sonnabendmorgen den deutschen Vizekanzler v. Seeckt zur Entgegennahme seiner Verlaubarungsschreiben. Der Empfang vollzog sich in aller Feierlichkeit. Der Vizekanzler selbst und seine engsten Mitarbeiter wurden durch den Premierminister des Quai d'Orsay abgeholt und eskortiert von einer Schwadron Kavallerie, zum Fluß geleitet. Hier hatte ein Bataillon Infanterie Aufstellung genommen, um die militärischen Ehren zu empfangen.

Der Vizekanzler hielt bei der Ueberreichung seines Verlaubarungsschreibens eine Ansprache, in der es hieß: Bei Uebernahme des mir anvertrauten hohen Amtes lege ich mir vollkommen Rechnung ab von den Schwierigkeiten, die überwinden werden müssen, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern befriedigender zu gestalten. Eure Ermittelung kann davon überzeugt sein, daß ich den Weisungen meiner Regierung entsprechend, alle meine Vermählungen der Verwirklichung dieses Zweckes widmen werde. Damit auf diese Weise eine Lösung der großen Probleme, von deren Regelung in so hohem Maße die Zukunft Europas abhängt, gefördert werde. Indem ich die wertvolle Mitarbeit erbitte, habe ich die Ehre, Herr Präsident, dem ersten Beamten der Republik den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung zu entbieten.

Der französische Staatspräsident antwortete darauf: „Es ist in der Tat höchst wünschenswert, wenn der Vertreter des Reiches schon bei seinem Amtsantritt persönlich über die Gesinnung und Wünsche Frankreichs unterrichtet werde. Sie können in vier Worte gefaßt werden: Die Achtung der Verträge. Diese Formel, die genau besagt, was sie belegen soll, verbirgt keine-

lei Hintergedanken. Die Vertreter Frankreichs sind im Bewußtsein der Größe der in Frage stehenden Interessen sowie der Solidarität der Völker gleich entschlossen, in keinem Punkte die Rechte aufzugeben, die sie zu bewahren haben, und in weitestem Sinne der Verhältnismäßigkeit alle Lösungen zu prüfen, die ihre Achtung garantieren. Wenn die französische Demokratie es sich versagt, sich in die inneren Angelegenheiten der anderen Nationen einzumischen, kann sie nicht darauf verzichten, in ihrem Interesse, wie im Interesse der Welt, den Fortschritt und den Triumph der Grundzüge zu wünschen, an denen sie selbst festhält. Sie hat sich von Grund auf friedliebend gezeigt. In dem Tage, an dem sie dazu gezwungen war, war sie bereit, alle Opfer zu bringen, um mit ihrer eigenen Unabhängigkeit die Freiheit der Welt zu verteidigen und aufrechtzuerhalten. Sie hat den lebhaftesten Wunsch, von einer derart grausamen Zerküftung in Zukunft auf immer verschont zu bleiben. Seien Sie überzeugt, daß zur Vollführung Ihrer Aufgabe, so wie wir sie verstanden und definiert haben, Ihnen weder mein Beistand noch derjenige der Regierung der Republik fehlen wird.“

## Zusammentritt des Reichstags

Das Ende des Ermächtigungsgesetzes macht einen Zusammentritt des Reichstags notwendig. Er ist auf Mittwoch nachmittag um 3 Uhr festgesetzt worden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Gesetzentwurf über Rechtschutz und Rechtshilfe zwischen Deutschland und Österreich. 2. Gesetzentwurf über Danziger und mecklenburgische Rechtsangelegenheiten. 3. Gesetzentwurf zur Abänderung der Kraftfahrzeuggesetzgebung. 4. Interpellation der Abgeordneten Lehmann, Hoffmann, Rudolphshagen, Dr. Scholz, Hergel und Genossen, betreffend die durch die Separatistenübergriffe in der Rheinpfalz geschaffenen Zustände. 5. Interpellation der Abgeordneten Koch, Weiser, Erkelenz, Dr. Haas, Kroll, betreffend die in der Pfalz durch die separatistischen Gewaltthäter getroffenen Anordnungen, und in Verbindung damit der Antrag Hergel, betreffend die Aburteilung der des Hochverrats beschuldigten Personen.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstags wird zwei Tage vor dem Plenum zusammentreten, um einen Bericht des Außenministers über die durch die Tätigkeit der Sachverständigen geschaffene Lage entgegenzunehmen. Es ist wahrscheinlich, daß Stresemann auf die außenpolitischen Zwischenfälle der letzten Zeit eingehen wird.

## Wahlentscheidung in Mecklenburg

Anwachsen der extremen Flügelparteien

Mecklenburg, 17. Februar. Der bisherige Verlauf der Mecklenburger Landtagswahl läßt, wie die Mecklenburgerische Zeitung meldet, eine schwere Einbuße der Sozialdemokratie, eine Zunahme der Kommunisten und einen starken Aufschwung der Deutschvölkischen erkennen. Auch die Deutschnationalen haben zum Teil gewonnen. Die Deutsche Volkspartei wird wahrscheinlich die Hälfte ihrer Sitze verlieren. Die Demokraten werden ihren bisherigen Stand behalten. Die Wahlbeteiligung war gut und wird auf 80 bis 85 Prozent geschätzt.

Schwerin, 18. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den bisher vorliegenden Feststellungen sind bei den Landtagswahlen in Mecklenburg, Schwerin folgende Stimmen abgegeben worden: Deutschnationale Volkspartei 72 048, Deutschvölkische Partei 49 483, Deutsche Volkspartei 21 424, Wirtschaftspartei 4251, Landpartei 2345, Deutsche Demokratische Partei 3812, Republikanische Partei 1809, S. S. P. D. 55 542, H. S. P. 3155, R. P. D. 25 072.

Der bisherige Standtag war am 18. März 1921 gewählt worden. Damals erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 127 071 (26 Sitze), H. S. P. 2085 (0), Kommunisten 18 238 (3), Demokraten 14 127 (3), Deutsche Volkspartei 57 818 (12), Deutschnationale 73 452 (15), Dorfbund 19 462 (4), Wirtschaftspartei 9787 (2). Nach einem kurzen Versuch mit der großen Koalition wurde zuletzt die Regierung aus der Sozialdemokratie, den Demokraten und dem Dorfbund gebildet.

Seit den letzten Wahlen haben sich die Parteiverhältnisse auch in Mecklenburg nicht unerheblich geändert. Gerade dieses Land ist die Heimat der „Völkischen“, dort ist v. Graefe zu Hause, der sich zuerst von seinen deutschnationalen Zeitgenossen loslöste und seine antisemitische Politik mit jüdischen Ausfahrten machte. Die Völkischen stehen aber in ihrem Hochgefühl durchaus nicht einig da. Sie sind gerade in Mecklenburg, wo die Hochbau-Gärten auf alle Güter verteilt sind, in mehrere Gruppen gespalten, die sich gegenseitig den Rang abmessen. Die Abspaltung geschah natürlich auf Kosten der Deutschnationalen, die gewonnen sind, gegen die noch Nationaleren einen erbitterten Abwehrkampf zu führen, worüber der Kampf gegen den Marxismus natürlich nicht zu kurz kommen darf.

Der Ausnahmezustand mit seiner militärischen Gewalt lastet natürlich auch auf diesem Lande. Zeitungsverbote aller Art behindern die freie Entfaltung des Wahlkampfes, schaffen auf der andern Seite ein großes Maß von Erbitterung, das, wie immer, den extremen Flügelparteien Wasser auf die Mühlen leiten dürfte.

Unsre Genossen haben in den letzten Wochen eine schwere Agitationsarbeit in dem hauptsächlich agrarischen und Kleinbürgerlichen Lande geleistet. Der ganze Sturm der „antidemokratischen“ Front richtete sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, und die Kommunisten leisteten, wie immer, der Bewegung die kräftigste Hilfe.